**Bezugsgebühr:**
Monatlich bei 2 Mk. 50 Pfg.; durch die Post 2 Mk. 75 Pfg.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Julius Bentler, Dresden, Wallstr. 15**
empfiehlt in grösster Auswahl:
**Eiserne Oefen** und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden.

(D. R.-P.)
**Thüre zu!**
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
**Thürschliesser.**
**80,000 St. im Gebrauch.**
Prospecte gratis u. franco.
**Curt Heinsius,**
Königl. Sächs. Hoflieferant.
**Dresden-N.,**
Kurfürstenstr., Ecke Tiecksstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2100.)

**Nur für Wiederverkäufer!**
**Continental-Gummibälle**
bunt, grau, massiv, Frucht- und Fratzenbälle.
**Lawn-Tennis-Bälle**
**Gummiwaarenhaus Carl Weigandt,** Königl. Sächs. Hoflieferant.
**12 Johannesstrasse 12.**

**Waagenfabrik**
**E. Holl & Co. Nachf.**
**Maternistr. 3 Dresden-A. Maternistr. 3**
Centesimal-, Dezimal-, Tafelwaagen, Reparaturen.

**Keuchhustensaft** (Edelkastanien-Extract)
**à Flasche 75 Pf.**
**Keuchhustenpflaster** à 50 Pf.
vorzügliche, zuverlässige Mittel zur Linderung und Beseitigung des Keuchhustens. Versandt nach auswärts. Prospekte gratis.
**K. Hofapotheke,** Dresden, Georgenthor.

**Tuchwaaren.** Lager hochfeiner deutscher u. englisch. eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe in allen modernen Farben u. Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. **Hermann Pörschel,** Schefflelstrasse 19.

**Nr. 66. Spiegel:** Versuche an lebenden Menschen. Hofnachrichten, Landtag, Alfred Dietrich, Preiswerthe Wohnungen, Sänger-Kommers. Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßl. Witterung: Trocken. | **Freitag, 9. März 1900.**

## Aerztliche Versuche am lebenden Menschen.

Im preußischen Abgeordnetenhause, in dem gegenwärtig der Kultusetat verhandelt wird, hat bei dieser Gelegenheit eine gründliche Aussprache über gewisse schwere Mißbräuche stattgefunden, die sich verschiedene medizinische Autoritäten gegenüber den ihrer Heilkunst anvertrauten Patienten zum Zwecke „wissenschaftlicher Forschungen" haben zu Schulden kommen lassen. Die einzelnen Fälle, die hier zur Sprache gebracht wurden, sind, wie nicht zu leugnen ist, zum Theil recht krasser Natur. Im Vordergrund stehen verschiedene Impfungen mit dem Gifte einer furchtbaren, zerstörenden Krankheit von ansteckendem Charakter, die der Professor Neißer in Breslau im dortigen Krankenhause an gesunden Personen, sowohl Erwachsenen wie Kindern, ohne deren Einwilligung vorgenommen hat, um die Möglichkeit einer „Immunisirung", d. h. der Unempfänglichmachung für die Krankheit auf Grund erfolgter Serumeinspritzung nach Art der Schutzpockenimpfung, zu erproben. Des Weiteren ist eine Reihe von anderen Fällen festgestellt, in denen auf preußischen Universitäten ähnliche Versuche unternommen worden; u. A. sei hier nur erwähnt, daß sogar bei Säuglingen künstlich eine Zucht von Spulwürmern erzeugt wurde und daß hinterher dem dieses „Versuches" schuldigen Arzte das Geständniß entschlüpfte, es sei doch leichter, eine Brut solcher Würmer zu erzeugen, als sie nachher wieder wegzubringen!

Der rechtliche Charakter derartiger ärztlicher Eingriffe steht ganz außer Frage. Welche Verschiedenheit der Ansichten auch immer herrschen mag, soweit es sich um die rechtliche Beurtheilung eines zu Heilzwecken unternommenen ärztlichen Eingriffes handelt, so besteht doch darüber in der gesammten Rechtsauffassung Einmüthigkeit, daß ohne den Willen des Patienten vorgenommene „wissenschaftliche Experimente" am lebenden Körper schlechtweg jeder Möglichkeit einer bevorzugten Behandlung entbehren und einfach als Körperverletzung zu bewerthen sind. Die Regierung hat auch keinen Versuch gemacht, diesen allein zulässigen rechtlichen Gesichtspunkt zu verschieben, sondern seiner Zeit die Aufnahme der strafrechtlichen Untersuchung gegen den Prof. Neißer veranlaßt, indessen, obwohl das Belastungsmaterial rechtzeitig vorlag, erst so spät, daß inzwischen Verjährung eingetreten war und das Verfahren deshalb eingestellt werden mußte. Auf welcher Seite hier das Verschulden liegt, konnte bisher nicht aufgeklärt werden. Später ist dann die Disziplinaruntersuchung gegen Prof. Neißer eröffnet worden und das Verfahren befindet sich zur Zeit noch in der Schwebe. Der Vertreter der Regierung, Ministerialdirektor Althoff, der von diesem Stande der Sache dem Hause Mittheilung machte, vergriff sich heftig in der Art, wie er die Angelegenheit behandelte, indem er mit einigen „schneidigen" Redensarten darüber hinzuhuschen suchte und kein einziges entschiedenes Wort der Verurtheilung für das Verfahren des Prof. Neißer und anderer „Forscher" zu finden vermochte. Die wachsende Erregung, die sich über die Ausführungen des Herrn Dr. Althoff kundgab, veranlaßte dann den Herrn Kultusminister Dr. Studt, seinerseits in die Debatte einzugreifen und sein „äußerstes Bedauern" über die Vorkommnisse auszusprechen, verbunden mit der Versicherung, „daß er Alles aufbieten werde, um für die Zukunft eine Wiederholung zu verhüten".

Die verhältnißmäßig kühle und zögerliche Haltung der Regierung fällt unangenehm auf gegenüber der einhelligen Entrüstung über die vorgekommenen Mißbräuche, die als getreuer Ausdruck der öffentlichen Meinung das sonst so ruhig vornehme preußische Abgeordnetenhaus bis in die Tiefe erregte. Konservative, Freikonservative, Nationalliberale, Centrum und Freisinnige, sie alle standen wie ein Mann auf gegen die Entwürdigung des Menschen zum medizinischen Versuchsobjekt und keiner der Redner ließ einen Zweifel darüber bestehen, daß jeder Parteiunterschied in dieser Frage aufhört und das moralische Urtheil die ausschließliche Herrschaft führt. Der konservative Abg. v. Pappenheim, der bereits in der Kommission es als „die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung einzuschreiten" bezeichnet hatte, erklärte unter der lebhaften Zustimmung des Hauses: „Es liegt hier ein Delikt vor, für das mir die parlamentarische Bezeichnung fehlt. In cynischer Weise brüsten sich die Professoren noch mit einem so unbegründeten Verhalten, gleichsam als wenn es sich um einen Triumph deutscher Wissenschaft handelte. So hat z. B. ein Dr. Schimmelbusch bei einem an Blutvergiftung darniederliegenden Knaben künstlich einen Furunkel erzeugt. Der Knabe starb alsbald. Also statt dem Knaben Zeit zu geben, sich in Würde auf seinen Tod vorzubereiten, machen Vertreter der Wissenschaft so niederträchtige Versuche an ihm. Es ist Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, mit aller Energie so bald wie möglich solchen Uebelständen abzuhelfen, und ich glaube, daß es die Regierung in den letzten Jahren in dieser Beziehung an Energie hat fehlen lassen." Der konservative Abg. v. Jagow warf ebenfalls der Regierung vor, daß sie nicht schnell genug im Falle Neißer eingegriffen habe; dem Rechtsbewußtsein des Volkes und des Hauses entspreche das nicht. Wer ein staatliches Institut aufsucht, der müsse eine unbedingte Garantie dafür haben, daß er nicht zu derartigen Experimenten diene, „die gewiß nicht dazu beitragen, das gegen die Krankenhäuser herrschende Mißtrauen zu beseitigen". In ähnlichem Sinne sprach sich der freikonservative Redner aus. Die Stimmung im Hause erreichte ihren Höhepunkt, als der nationalliberale Dr. Sattler unter fortwährenden stürmischen Zustimmungskundgebungen Folgendes ausführte: „Das unterliegt keinem Zweifel: Die Entrüstung, die Herr v. Pappenheim und die anderen Redner hier zum Ausdruck gebracht haben, wird nicht blos im ganzen Hause — auch von meinen politischen Freunden —, sondern im ganzen Lande getheilt. Es giebt ja sogar eine große Bewegung im Lande, die sich gegen die Verwendung lebender Thiere zu solchen Versuchen richtet; um wie viel mehr muß die Entrüstung wachsen, wenn nun gar unerwachsene Kinder gegen ihren Willen zu derartigen Experimenten gemißbraucht werden? Ich kann nur im Namen meiner Freunde erklären, daß auch wir über dieses Vorgehen mit größter Entrüstung erfüllt sind und daß wir erwarten, die Regierung werde Sorge dafür tragen, daß so etwas nicht wieder vorkommt und daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Abneigung, sich in Hospitälern pflegen zu lassen, wird durch derartige unerhörte Vorkommnisse nur erhöht werden".

Eine wesentliche Beruhigung für die öffentliche Meinung liegt in dem Umstand, daß die medizinische Wissenschaft als solche weit entfernt ist, sich mit dem ärztlichen Mißbrauche des Menschen à la Neißer irgendwie zu identifiziren. Es liegen zahlreiche autoritative Zeugnisse vor, daß in ärztlichen Kreisen selbst ein Versuchsverfahren an lebenden Menschen von der in Rede stehenden Art auf das Schärfste gemißbilligt wird. So hat beispielsweise der gegenwärtige Direktor der Augenklinik in Halle solche Experimente als nicht im Interesse der Patienten und der ärztlichen Wissenschaft liegend bezeichnet; andere medizinische Koryphäen haben sich noch drastischer ausgesprochen. Insbesondere ist hervorzuheben, daß die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen in Preußen, die von der Regierung um ein Gutachten im Falle Neißer angegangen wurde, keinen Entschuldigungsgrund für die beanstandete Handlungsweise des Breslauer Professors anerkannt, sondern sich dahin geäußert hat, „ein Kliniker habe höhere Pflichten und dürfe sich nicht durch momentane Zeitströmungen (Serumversuche) bestimmen lassen, er solle dem Widerstand leisten und nicht ohne Zustimmung der Angehörigen oder der Person selbst irgend einen Versuch machen, der über die Grenzen des Bekannten hinausgeht." Endlich verdient noch erwähnt zu werden, daß auch Prof. Virchow, der in der Verhandlung des preußischen Abgeordnetenhauses ebenfalls zur Sache das Wort ergriff, im Falle Neißer eine Ueberschreitung der der Forschertätigkeit gesteckten Grenzen unzweideutig zugab und nur gegen verallgemeinernde Folgerungen aus den Einzelfällen mit Recht Protest erhob. Prof. Virchow wies darauf hin, daß die Versuche am lebenden Körper einer Kontrole in der Oeffentlichkeit durch die Presse und die wissenschaftlichen Vereinigungen bedürfen, und erklärte dann wörtlich: „Wenn Mißbräuche vorkommen, so mögen die Betreffenden bestraft werden. Ich spreche nicht für die Straflosigkeit dieser Personen." Hiernach kann doch gewiß keine Rede davon sein, daß, wie übereifrige Verfechter einer falsch verstandenen „Freiheit der Wissenschaft" unterzustellen wagen, „eine der Wissenschaft feindliche Strömung den Fortschritt der Heilkunde hemmen wolle." Die Wahrheit ist, daß gerade das Interesse der Wissenschaft eine Gewähr gegen die Möglichkeit von Vorkommnissen verlangt, die bei öfterer Wiederholung und weiterer Ausbreitung das wissenschaftliche Ansehen der Medizin ernstlich gefährden würden. Wenn die maßgebenden medizinischen Kreise selbst mit Energie gegen ein derartiges Unwesen auftreten, so wird dessen völlige Ausrottung nicht schwer halten und die Oeffentlichkeit wird dann den Aerzten ungeschmälert den Dank zollen, auf den sie durch ihre Aufopferung im Dienste der leidenden Menschheit begründeten Anspruch haben.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 8. März.

* Alais. Infolge ausströmender Gase im Kohlenbergwerk von Treins sind 10 Arbeiter erstickt. 2 Leichen wurden bereits hervorbefördert.

Berlin. Reichstag. Dem Beginn der heutigen Verhandlungen über das Fleischbeschaugesetz wurde mit besonderer Spannung entgegengesehen, was nach der lange anhaltenden Erörterung der Frage in der Presse kaum Wunder nehmen kann. Die Reichstagsmitglieder hatten sich heute wesentlich zahlreicher als sonst eingefunden. Am Bundesrathstische waren zu Anfang allerdings nur Graf Posadowsky und einige Kommissare anwesend. Die heute begonnenen Verhandlungen sieht man gewissermaßen als den Anfang einer Zuspitzung unserer ganzen parlamentarischen Verhältnisse an, es wird auf eine Entscheidung klar hingedrängt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Fleisch- und Schlachtviehbeschaugesetzes. Es wird zunächst eine allgemeine Debatte über die Paragraphen 1 und 2 (Hausschlachtungen) und Paragraphen 14 bis 14d (Bestimmungen über die Einfuhr) eröffnet. Ein Antrag Albrecht (Soz.) will den die Hausschlachtungen unter günstigere Ausnahmebestimmungen stellenden Paragraphen 2 ganz streichen, event. in der Fassung der Regierungsvorlage wieder herstellen, sowie ferner § 14 in der Fassung der Vorlage wieder herstellen. — Der Berichterstatter der Kommission, Abg. Herold (Centr.), legte den Standpunkt dar, von dem aus die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt hat. Abg. Gerstenberger (Centr.) ist der Ansicht, daß dieses Gesetz in der von der Kommission beschlossenen Fassung die Industrie nicht schädigen, der Gesundheit des Volkes nützen und der Landwirthschaft zum Vortheil gereichen werde. Verwunderlich sei es, daß die Sozialdemokraten als „Arbeitervertreter" die Hausschlachtungen der kleinen Leute unter so belästigende Bestimmungen zu stellen geneigt seien; dieselben Leute, die so zärtlich besorgt seien um die Gesundheit der Bauern und der kleinen Leute, sträubten sich gegen die Doppeluntersuchung des vom Ausland importirten Fleisches. Die Beamten des Gesundheitsamtes hätten ausdrücklich erklärt, ein wirksamer Schutz sei nur möglich, wenn das Vieh vor der Schlachtung und sodann das geschlachtete Fleisch untersucht werde. Wenn das beim ausländischen Fleisch nicht möglich sei, so bleibe eben weiter nichts übrig, als, abgesehen von einem Uebergangsstadium, die Einfuhr von Fleisch, ausgenommen Schmalz, Fett und Oleo-Margarine ganz zu verbieten, wie dies in § 14a der Kommissionsbeschlüsse geschehe. Ob die inländische Produktion ausreichend sein werde, den Bedarf zu decken, das solle man doch erst einmal abwarten. In Bayern seien auch die Sozialdemokraten nicht Gegner dieser Bestimmung. Die Herren von den Handelskammern seien mit den Verhältnissen auf dem Lande nicht bekannt. Abg. Freese (freis. Ver.): Das Gesetz werde allerdings die Industrie schädigen. Wenn dieses Gesetz keine Preissteigerung brächte, so würden Sie sich rechts da drüben wenig dafür interessiren. (Oho!) Ein solcher Streit wie hier ist noch niemals gegen Industrie, Handel und Schifffahrt geführt worden, wie durch die Kommissionsbeschlüsse. Der § 14a bedeutet ein direktes Einfuhrverbot, Ausbeutung der arbeitenden Klassen. (Rufe links: Sehr richtig! Unruhe rechts.) Sie sagen: Geht es den Bauern gut, geht es Allen gut; mit noch größerem Rechte können wir sagen: Geht es der Industrie gut, so geht es Allen gut. (Lachen rechts.) Was Sie hier thun wollen, das kommt einer Diskreditirung der ganzen amerikanischen Waaren gleich, und das hat man auch in Amerika verstanden. Denken Sie nicht daran, wie Amerika auf Grund dieses Gesetzes erst recht mit Repressalien gegen unsere Zuckerausfuhr antworten wird? Es wird sich hier auch um die Frachtverluste handeln, die unsere großen schönen Frachtdampfer erleiden, die mit diesem Gesetz völlig kaltgestellt werden. Die Unterbindung des amerikanischen Verkehrs bedeutet den Ruin unserer größten Dampfer-Gesellschaften. Präsident Graf Ballestrem bemerkt gegenüber einer Bemängelung des Vorredners hinsichtlich schleuniger Anberaumung dieses Gesetzes zur Berathung, daß die geschäftsordnungsmäßige Frist dabei mehr als gewahrt worden sei und daß das Haus gestern der heutigen Tagesordnung zugestimmt habe. Graf Klinkowström: Der Widerstand gegen die Kommissionsbeschlüsse wurzelt nicht im Volke, sondern nur in der Agitation der freisinnigen Börsenpresse. Die Kommission hat bei ihren Beschlüssen nicht blos agrarische Interessen, sondern die des Gemeinwohls vertreten. Freilich hat sie auch wohl auf die Landwirthschaft berechtigte Rücksicht genommen, aber das ist nicht agrarisch, das nenne ich politisch, patriotisch, gerecht. Die Beschlüsse sind aus einer mittleren Linie gefaßt. Ich würde es geradezu für ein Unglück halten, wenn dieses Gesetz an dem Widerstand des Bundesraths scheiterte. Das Verhalten der liberalen Presse, ihre Angstmeierei vor Amerika ist beschämend. Durch den Beschluß des Hauses wird das Ausland erkennen, daß diese Sorte von Presse bedeutungslos ist und nur einen geringen Bruchtheil des Volkes vertritt. Amerika behandelt uns schon jetzt so, daß es unbegreiflich ist, wie Jemand Amerika die Meistbegünstigung hat zugestehen können. Was wir hier beschließen, dem muß sich das Ausland fügen. (Beifall.) Redner geht dann noch im Einzelnen auf die Kommissionsbeschlüsse ein und schließt mit der Hoffnung, die Agitation der letzten Tage würde auf den Bundesrath keinen anderen Eindruck machen, als den einer großen Belästigung. (Heiterkeit.) Wird diesem Gesetze vom Bundesrathe die Zustimmung versagt, dann ist auch von den neuen Handelsverträgen gar nichts zu erwarten. Abg. Wurm (Soz.) bekämpft lebhaft die Beschlüsse der Kommission als eine Schädigung der Arbeiter. Die Agrarier wollten lediglich eine Vertheuerung der Lebensmittel, von ihnen gelte das Wort: Thut Geld in unseren Beutel, dann sind wir national! Verbietet die Fleischeinfuhr, dann bewilligen wir die Flotte! Abg. Sieg (nat.-lib.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein. Seine Freunde würden für §§ 1 und 2 stimmen, bei § 14 liege die Sache etwas anders, ein Theil seiner Freunde werde gegen diesen Paragraphen stimmen, er selbst aber und die Mehrzahl seiner Fraktion würden für § 14 stimmen. Er könne es sich auch gar nicht anders denken, als daß der Bundesrath die Beschlüsse der Kommission acceptiren werde, denn durch diese Beschlüsse sei jedenfalls der Grundsatz der Fleischbehandlung vom In- und Auslande gewahrt. Abg. Beckh (freis. Volksp.) bekämpft die Kommissionsbeschlüsse, insonderheit die zu § 2, bei dem er eine sich mehr der Regierungsvorlage annähernde Fassung vorschlägt. Durch unsere Handelsbeziehungen und nicht durch unsere agrarischen Maßregeln sei Deutschlands gegenwärtiger Wohlstand herbeigeführt worden. Abg. Holtz (Reichsp.) hält dem Abg. Freese, der von Selbstsucht der Agrarier gesprochen habe, vor, daß seine eigenen Ausführungen viel eher den Vorwurf der Selbstsucht verdienten. Das Interesse der Landwirthschaft berechne sich nach Milliarden und da spielten die von Freese angeführten Kleinigkeiten keine Rolle. Redner vertheidigt dann namentlich auch den Kommissionsbeschluß betreffs der Hausschlachtung. Abg. Hoffmann-Hall (südd. Volksp.), Professor der Thierarzneikunde: Der Abg. Gerstenberger wolle keine Untersuchung beim Hausschlachten wegen der Kosten für den Bauern und den kleinen Mann; aber bei solchen gesundheitlichen Zwecken dürfe man die Kosten nicht scheuen. Die Kommission, die auf der einen Seite solche gesundheitliche Zwecke mit derartiger Schärfe verfolge, daß sie sogar die ausländische Fleischeinfuhr ganz verbieten wolle, habe sich mit ihrem § 2 in einen offenbaren Widerspruch hineingeritten. Abg. Bielhaben (Ant.) erklärt die von der Kommission beschlossene Behandlung ausländischer, speziell amerikanischer Fleisch-Importe für unerläßlich. Der Widerstand gegen dieses Gesetz habe überhaupt erst begonnen, als die Juden merkten, daß sie Geld verlieren sollten. — Morgen: Fortsetzung.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Kultusetats fort. Abg. Dr. Beumer (natl.) theilte 2 Fälle mit, in denen katholischen Lehrern durch die katholischen Schulinspektoren verboten wurde, mit ihren evangelischen Kollegen zu verkehren. Abg. Dr. Porsch (Centr.) bezweifelte, daß sich die Dinge so verhielten, wie sie Abg. Beumer geschildert; wäre das der Fall, so würden seine Freunde die Vorgänge bedauern. Redner führt seinerseits Fälle scharfen Vorgehens gegen katholische Glaubensgenossen an. Abg. Dr. Barth brachte hier den Fall Arons zur Sprache, bei dessen Disziplinirung der Rechtsboden verlassen worden sei; das Gefühl der Gerechtigkeit scheine den preußischen Staatsbehörden abhanden gekommen zu sein. Sich der in ihren Rechten Verletzten anzunehmen, sei eine Forderung der Sittlichkeit. (Abg. Kropatschek (kons.): Sie und Sittlichkeit! Zuruf links: Pöbelhaftigkeit der Kreuzzeitung! — Der Präsident bittet um Unterlassung der Zurufe.) Abg. Graf Limburg (kons.) führte aus, die Opposition gegen die Regierung dürfe nie zum Republikanismus führen. Für einen Sozialdemokraten sei kein Platz im deutschen Beamtenstande. In einem nach den Vorschlägen Barth's regierten Staate würde die Sozialdemokratie an's Ruder gelangen, Herrn Barth aufhängen und sich an seine Stelle setzen. (Beifall rechts.

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste für Wäsche und Haushalt